

Liebe Leserinnen und Leser

Am 20. September 2019 haben hier in Hamburg rund 100 000 junge Menschen, aber auch Erwachsene für mehr Klimaschutz demonstriert. Es war die größte Demonstration seit Menschengedenken in unserer Stadt, und sie wurde vor allem von Schüler*innen getragen, denen noch in der Sinus-Studie 2016 nachgesagt wurde, dass sie sich kaum politisch engagieren. Was hat sich geändert?

Unsere heutigen Schüler*innen sind alle nach dem Jahrtausendwechsel zur Welt gekommen – sie sind Kinder des 21. Jahrhunderts. Unsere Gegenwart unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von den Dekaden zuvor, in denen wir selbst groß geworden sind; sie bietet den jungen Menschen unendlich viele Möglichkeiten, stellt sie aber zugleich vor neue, ungekannte Herausforderungen. Und beides hängt zusammen.

Möglicherweise erkennen die Jugendlichen zunehmend diesen Zusammenhang und gehen deshalb auf die Straße. Sie sind nämlich gut ausgebildet: In den Schulen erwerben sie nicht nur viel Faktenwissen, sondern sie bilden auch ihre Urteilsfähigkeit aus. Wir sollten uns freuen und können auch ein wenig stolz darauf sein, wenn sie für ihre – und in diesem Fall: unser aller – Anliegen auf die Straße gehen.

Zugleich sollten wir uns nicht selbstzufrieden zurücklehnen, sondern trotz des Engagements vieler Jugendlicher bei Fridays for Future selbstkritisch fragen: Tun wir eigentlich genug, um das politische Engagement der jungen Bürger*innen zu fördern? Die diesjährige KMK-Präsidentin, die rheinland-pfälzische Kultusministerin Stefanie Hubig, sieht hier jedenfalls noch Entwicklungsbedarf. Sie fordert im Interview mit dem Deutschen Schulportal: »Wir müssen Schülerinnen und Schüler in den Schulen selbst Demokratie erleben lassen.« Doch was bedeutet dies konkret? Wie kann dies gelingen?

Diesen und anderen zentralen Fragen aus dem Bereich der Demokratiepädagogik gehen wir im Themenschwerpunkt dieses Heftes nach. Dabei haben wir unterstellt, dass es bei diesem Thema insgesamt durchaus noch Luft nach oben gibt. Wenn es darum geht, z. B. Schüler*innen schon frühzeitig und ernsthaft an der Gestaltung der eigenen Schule zu beteiligen, sind die Grenzen oftmals eher eng gesteckt. Und wenn die Jugendlichen anfangen, eigene politische Standpunkte zu entwickeln und diese in der Schule zu vertreten, stoßen sie damit oftmals besten-

falls auf freundliches Desinteresse, manchmal werden sie aber auch zurückgewiesen, nicht selten, weil Lehrkräfte und Schulleitung aus einem falschen Verständnis von politischer Neutralität heraus sehr vorsichtig agieren. Aber in einem demokratischen Staat darf die Schule nicht neutral sein. Vielmehr muss sie sich aktiv für Meinungsvielfalt und Toleranz einsetzen und dabei anerkennen, dass dies keine abstrakte Forderung sein kann: Wer Meinungsvielfalt fördern will, muss auch die politische Meinungsbildung fördern und schon deswegen unterschiedlichen Meinungen Raum geben. Und wer Kinder und Jugendliche zur Toleranz erziehen will, darf nicht bei der klassischen Abstraktion des Nathan stehen bleiben, sondern muss auch den tagesaktuellen politischen Streit in die Schule holen. Demokratie, Meinungsvielfalt und Toleranz gehören in die Schule – ganz konkret und ganz selbstverständlich. Dies fordert nicht nur Stefanie Hubig, dafür stehen auch wir von der PÄDAGOGIK, nicht nur mit diesem Heft.

PS: Wir freuen uns wie immer auf Ihre Rückmeldungen und Kommentare unter redaktion-paedagogik@beltz.de oder bei Twitter unter [redaktion_PÄDAGOGIK](#).



Dr. Jochen Schnack, Redaktionsleiter